

# Entwicklung von Eckpunkten für ein Konzept zur Demokratieförderung

Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé

## Gliederung

- Partizipatorischer Paradigmenwechsel
- Beteiligungsförderung in Berlin
- Messung von Demokratiequalität
- Sozialräumliche Demokratieentwicklung
- Verwaltungs-Enquête
- Partizipative politische Bildung

## Partizipatorischer Paradigmenwechsel

- Abbau staatlicher Leistungen und gleichzeitiger Appell an die Eigenverantwortung
- Chancen und Grenzen von Teilhabe werden individualisiert
- Immer mehr Menschen organisieren sich in lokalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, meist mit Ein-Punkt-Agenda
- Klassische politische Organisationsformen verlieren an Bedeutung

## Beteiligungsförderung in Berlin I

- **Bürgerhaushalte:** hohe Erwartungen werden nicht eingelöst, Notwendigkeit des Sparens ist allgegenwärtig, kaum Infos über Erfahrungen
- **Stadtentwicklungsplanung:** das Stadtentwicklungskonzept 2030 zielt auf eine zukunftsweisende Partizipationskultur; es fehlt jedoch eine Vorstellung, wie Partizipation helfen soll, Zielkonflikte anzugehen
- **Quartiersmanagement:** positive Veränderung in Wohnqualität, Wohnumfeld und Infrastruktur; Aufbau selbsttragender Strukturen nicht gelungen; Hauptproblem ist mangelnde Kooperation mit Akteuren, die nicht auf Bezirksebene angesiedelt sind

## Beteiligungsförderung in Berlin II

- **Quartiersräte:** hohe Hürden der Beteiligung
- **Aktionsräume plus:** Bezirke werden eine Reihe von Themen übernehmen müssen, die bisher mit Städtebauförderung in Verbindung standen: Bildungsverbände, soziale Treffpunkte, Stadtteilmütter
- **Community Organizing:** Bürgerplattformen in Schöneweide, Wedding-Moabit und Neukölln haben Potentiale in Vernetzung und Gestaltung des öffentlichen Raums, soziale Problemlagen werden nicht angegangen

## Beteiligungsförderung in Berlin III

- **Kinder- und Jugendparlament:** Bsp. Tempelhof-Schöneberg, 150 Kinder und Jugendliche, die in Schulen und Freizeiteinrichtungen gewählt werden, deren Anträge werden in der BVV verhandelt
- **Direktdemokratische Initiativen:** bisher erfolgreich: Wassertisch und 100% THF-Feld
- **Fazit:** Stärke liegt in Vernetzung, kaum externe Evaluation, Fragen zur grundsätzlichen Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung werden kaum verhandelt

## Messung von Demokratiequalität

- Vielversprechende Ansätze für eine Demokratieentwicklung
- Eine Evaluation fällt schwer, da nicht ausreichende Informationen für eine Sekundäranalyse zur Verfügung stehen, um die Qualität politischer Beteiligung anhand eines sozialwissenschaftlichen Kriterienkatalogs messen zu können.
- Daher sollte das Landeskonzept für Demokratieentwicklung seinen Ausgangspunkt bei einem **Demokratie-Audit** nehmen, einer fundierten sozialwissenschaftlichen Analyse der Demokratiequalität.

## Messung von Demokratiequalität

- Mit **Demokratie-Audits** nach der Methode von International IDEA kann auf ein bereits entwickeltes und getestetes Verfahren zurückgegriffen werden.
- Untersuchungsgegenstand ist die Messung von Demokratiequalität anhand der drei Säulen:
  - Bürgerstatus, Gesetze und Rechte
  - Repräsentative und verantwortliche Regierung
  - Bürgerinitiativen und –beteiligung
- Das Verfahren sollte beteiligungsorientiert gestaltet werden: Steuerung des Prozesses, Info über und Diskussion von Zwischenergebnissen, partizipative Vereinbarung von Handlungsschritten



## Verwaltungs-Enquête

- Sowohl auf Landesebene als auch auf der Ebene von Bezirken gibt es eine große Vielfalt an Maßnahmen und Projekten zur Förderung der Beteiligung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern.
- Als Problem zeigt sich dabei, dass die einzelnen Programme und Maßnahmen nicht systematisch koordiniert sind. Eine bessere Abstimmung untereinander könnte helfen, den Wirkungsgrad zu erhöhen. Abhilfe könnte eine **Verwaltungs-Enquête** schaffen.

## Verwaltungs-Enquête

- Dies ist ein Sachstandsbericht der Landes- und Bezirksverwaltungen zu Fragen der Bürgerbeteiligung.
- Dieser sollte in einem regelmäßigen Zeitabstand (einmal per Legislaturperiode) erstellt werden.
- Darin legen die beteiligten Stellen dar, wie sie beteiligungsfördernde Maßnahmen umsetzen unter besonderer Berücksichtigung der Koordination zwischen den Akteuren. Die Erkenntnisse daraus werden genutzt, um das Verfahren zu verbessern.

## Sozialräumliche Demokratieentwicklung

- Beteiligungs- und handlungsorientierte Verfahren sollten im unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld der Menschen stattfinden, wo sie auch am stärksten die Ergebnisse ihrer Aktivitäten erkennen können und sie ihr eigenes soziales Umfeld gestalten können.
- Solche **sozialräumlichen Projekte zur Demokratieentwicklung** sollten exemplarisch durchgeführt werden. Wichtig ist, dass hierbei die Vielfalt der räumlichen Struktur Berlins zum Ausdruck kommt – entlang der Spektren Zentrum/ Peripherie, Ost/ West, Siedlungsform und ggf. weitere.

## Partizipative politische Bildung

- Es ist ein Auseinanderdriften der verschiedenen Beteiligungsformen und Themenfelder, mit denen eine politische Teilhabe auf Landes- und Bezirksebene erreicht werden soll auf der einen, und die Themenorientierung unterschiedlicher sozialer Bewegungen und Netzwerke auf der anderen Seite zu beobachten.

## Partizipative politische Bildung

- Es sollten daher auch institutionalisierte Formen gefunden werden, auf **Augenhöhe** über **stadtpolitische Entwicklungen** in den Austausch zu treten und die verschiedenen Perspektiven darauf herauszuarbeiten. Dissente Positionen sollen stärker sichtbar und so verhandelbar werden.
- Darauf basierend könnten Materialien, Medien, Dialog- und Bildungsangebote entstehen, die im Berliner Kontext für die politische Bildungsarbeit zu aktuellen stadtpolitischen Fragestellungen entwickelt werden.
- Eine Kooperation zwischen der **LzpB**, den VHSen sowie den themenspezifischen (zivilgesellschaftlichen) Akteuren wäre hierbei wünschenswert.

# Verfahrensvorschlag: Demokratiekonferenz

